



«Wunschkandidatin»: Esther Friedli, bisher vor allem bekannt als Partnerin Toni Brunners, soll für die SVP St. Gallen in den Regierungsrat einziehen. Foto Keystone

Die Grenzen der SVP

Die Nachwehen vom Sonntag. Die Kandidatur Friedli. Über die Metamorphosen einer Partei

Von Samuel Tanner

Bis am Dienstag war Esther Friedli nicht Mitglied der SVP, jetzt ist sie deren «Wunschkandidatin» im zweiten Wahlgang für den Regierungsrat des Kantons St. Gallen. Es war schon komplizierter, die grosse Hoffnung der Schweizerischen Volkspartei zu werden.

Esther Friedli war in den Zeitungen bisher immer als «die Partnerin von Toni Brunner» vorgestellt worden – das soll sich jetzt ändern. Als sie am Mittwochmorgen im Tafelzimmer des St. Galler Regierungsgebäudes sass, sollte alles ganz logisch klingen. Der Fraktionschef der SVP im Kantonsrat sagte: «Sie kommt aus dem Toggenburg und vertritt den ländlichen Kantonsteil. Sie ist kompetent und konsensorientiert. Sie ist unsere Wunschkandidatin.» Und Esther Friedli sagte: «Ich möchte mich für die jungen und bürgerlichen Frauen einsetzen. Derzeit sitzt ja nur eine Frau in der Regierung.»

Zum ersten Wahlgang, muss man dazu wissen, war die SVP St. Gallen mit ihrem Parteipräsidenten Herbert Huser angetreten, einem Mann, der nicht für Kompromisse bekannt ist. Die Untervertretung der Frauen war eher kein Grund für seine Nomination. Dann stürzte Huser, ein streitbarer Architekt aus dem Rheintal, am Sonntag bei der Regierungswahl ab. Er fiel auf den letzten Platz zurück und auch noch aus dem Kantonsrat. Es war ein Debakel.

Die Kandidatur von Esther Friedli ist jetzt Notlösung, Wunsch und Richtungswechsel gleichzeitig. Man muss ja flexibel bleiben.

Die Neuerfindungen

Es kommt in diesen Tagen viel zusammen bei der SVP. Eine Partei stösst an ihre Grenzen. Im St. Galler Kantonsrat baute sie ihre Vertretung am Sonntag zwar auf vierzig Sitze aus, was einem Drittel des Parlaments entspricht – aber in der Regierungswahl entschieden sich die gleichen Wähler wiederholt gegen einen ihrer Kandidaten. Herbert Huser war bereits zum zweiten Mal gescheitert.

Am gleichen Sonntag verlor auch die Berner SVP die Wahlen in die Exekutive – auch sie als grösste Partei im Kanton. Und am gleichen Wochenende überlegte sich Pascal Brenneisen, ein eilig in die SVP Basel-Stadt eingetretener Manager, für den Regierungsrat zu kandidieren. Am Montag sagte er wieder ab, er hatte inzwischen ein besseres Angebot aus der Wirtschaft. Sofort distanzierte er sich von seiner neuen Partei: «Ich bin dort eingetreten, weil ich der Meinung bin, dass die SVP ihr Profil in den nächsten Jahren deutlich ändern wird – nicht zuletzt aufgrund des Resultats bei der Durchsetzungs-Initiative.» Brenneisen hatte sich in ein paar Tagen viermal neu erfunden: als SVP-Mitglied, als potenzieller Kandidat, als Nichtkandidat, als SVP-Kritiker.

Andere Leute brauchen dafür ein ganzes Leben.

Bis zum Sonntag erhöhte die SVP die Kadenz an Volksinitiativen laufend – und führte ihren Kampf für die Durchsetzungs-Initiative. Christoph Blocher sagte: «Wir müssen uns nicht nur vor fremden Richtern hüten, sondern

Christoph Blocher bleibt an der SVP-Parteispitze

Bern. Alt Bundesrat und alt Nationalrat Christoph Blocher dürfte die SVP weiterhin entscheidend mitprägen. Nach seinem angekündigten Rücktritt als Vizepräsident wird er nun von der Parteileitung als Strategieverantwortlicher vorgeschlagen. Parteidoyen Blocher, aber auch der frühere Zürcher Nationalrat Walter Frey werden der SVP weiterhin in leitenden Positionen zur Verfügung stehen, wie die Partei gestern mitteilte. Blocher soll als «Verantwortlicher Strategie» gewählt werden, Frey als «Verantwortlicher Kommunikation». Zudem werden neue Köpfe in die Parteileitung beordert, der insgesamt 28 Personen angehören sollen. Nationalrat und Weltwoche-Verleger Roger Köppel ist designierter «Verantwortlicher Europapolitik», Magdalena Martullo-Blocher soll für wirtschaftspolitische Fragen verantwortlich sein. Zudem soll die Zahl der Vizepräsidenten von sieben auf drei reduziert werden. SDA

zunehmend auch vor den eigenen!» Dann scheiterte die Initiative – und Blocher sagte am Tag darauf dem Tages-Anzeiger: «Wir müssen aufpassen, dass wir nicht überall, wo etwas unbefriedigend ist, eine Volksinitiative machen. Wir können jetzt unsere Kraft aufs Gestalten im Bundesrat und im Parlament verwenden.»

In der NZZ sagte ein Zürcher SVP-Parlamentarier, der nicht mit Namen genannt werden wollte: «Wir müssen aufpassen, dass wir kein Verliererimage bekommen.» Ein anderer forderte, die Initiative «Landesrecht vor Völkerrecht» zu stoppen. Die Metamorphosen einer Partei.

«Das ist vorbei»

Gestern im Tafelzimmer des St. Galler Regierungsgebäudes wurde Esther Friedli von einer Journalistin gefragt, wie sie es mit den Vorstössen der SVP halte – mit der Durchsetzungs-Initiative, mit dem Referendum gegen das Asylgesetz, das im Sommer zur Abstimmung gelangt. Friedli holperte sich durch ein kurzes Statement, das zum Ziel hatte, nichts zu sagen. Die Journalistin hakte nach: Was meinen Sie zur Durchsetzungs-Initiative vom Sonntag? Friedli sagte: «Das ist vorbei, dazu muss ich mich jetzt ja nicht mehr äussern.»

Besser kann man nicht sagen, dass man die Initiative abgelehnt hat. Esther Friedli soll die Wunschkandidatin einer neuen Zeit sein.

Nachrichten

Subventionen für Grosswasserkraftwerke

Bern. Der Nationalrat hat Subventionen für Grosswasserkraftwerke zugestimmt. Der Ständerat hatte diese ins erste Massnahmenpaket zur Energiestrategie eingebaut. Er reagierte damit auf die tiefen Preise im europäischen Strommarkt, welche die Wasserkraftwerke in Schwierigkeiten bringen. Der Nationalrat zog gestern Mittwoch nach, wählte aber ein anderes Modell. Nach seinem Willen sollten Wasserkraftwerke für jene Elektrizität, die sie unter den Gestehungskosten verkaufen müssen, eine Prämie von maximal einem Rappen pro Kilowattstunde erhalten. SDA

Schweiz erhält nationales Krebsregister

Bern. Der Ständerat hat gestern die Einführung einer nationalen Krebs-Datenbank, die der Bundesrat vorgeschlagen hat, befürwortet. Mit dem Register sollen Krebserkrankungen künftig schweizweit einheitlich registriert werden. Erfasst werden Basisdaten zur Person, Diagnose und Erstbehandlung sowie zum Krankheitsverlauf. Das Register soll dazu dienen, Prävention, Früherkennung und Behandlung von Krebs zu verbessern. SDA

Einheitlich für Gesundheitsberufe

Bern. Der Ständerat befürwortet die Schaffung eines nationalen Registers für Ergotherapeuten, Hebammen und andere Gesundheitsberufe. Er hat gestern das neue Gesundheitsberufegesetz als Erstrat einstimmig gutgeheissen. Das neue Gesetz soll die Patientensicherheit erhöhen. Es formuliert unter anderem landesweit einheitliche Anforderungen an Ausbildungen in Pflege, Physiotherapie, Ergotherapie, zur Hebamme sowie Ernährung und Diätetik auf Bachelor-Stufe. SDA

Alternativen zum Ärztestopp verlangt

Bern. Derzeit verhindert der Zulassungsstopp, dass sich allzu viele ausländische Ärzte in der Schweiz niederlassen. Als dauerhafte Lösung ist er aber nicht mehrheitsfähig. Nun wird das Regime voraussichtlich noch einmal um drei Jahre verlängert. In der Zeit muss der Bundesrat Alternativen ausarbeiten. Der Ständerat hat gestern ein Postulat seiner Gesundheitskommission einstimmig gutgeheissen. Dieses beauftragt den Bundesrat, verschiedene Szenarien zu prüfen, wie die Zulassung von Spezialärzten in Zukunft gesteuert werden könnte. SDA

Medikamenten-Zulassung vereinfachen

Bern. Der Bundesrat erhält vom Parlament den Auftrag die Zulassungsverfahren bei Änderungen von Medikamenten zu vereinfachen und zu beschleunigen. Das Heilmittelrecht muss entsprechend angepasst werden. Der Ständerat nahm gestern als Zweitrat eine entsprechende Motion von FDP-Nationalrat Ignazio Cassis (TI) oppositionslos an. SDA

Kulturlandschutz unter die Lupe nehmen

Bern. Der Bundesrat muss in einem Bericht den Kulturlandschutz unter die Lupe nehmen. Der Nationalrat hiess gestern ein Postulat seiner Geschäftsprüfungskommission (GPK) gut. Jedes Jahr gehen in der Schweiz 3400 Hektaren Kulturland verloren, das entspricht etwa dem Gebiet der Stadt St. Gallen. Die GPK kritisierte vergangenen November, dass der Kulturlandschutz im Gesetz zu wenig verankert sei. SDA

Anpassung der Verlagerungsziele prüfen

Bern. Der Bundesrat soll prüfen, ob und wie das Verlagerungsziel – das Ziel zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene – im Gesetz angepasst werden könnte. Der Nationalrat hat gestern ein Postulat der FDP-Fraktion angenommen, im Einverständnis mit dem Bundesrat. SDA

Zöllner spüren Migrationsdruck

Mehr illegale Einreisen registriert

Thayngen (SH). Die Grenzwachregion II hat 2015 den Migrationsdruck gespürt: Zunächst hatten die Mitarbeiter ihren Kollegen im Tessin ausgeholfen. Doch gegen Ende des Jahres verlagerten sich die Migrationsströme – plötzlich reisten Flüchtlinge über die Kantone Schaffhausen, Zürich und Thurgau in die Schweiz ein.

2015 verzeichnete die Grenzwachregion II auf ihrem Zuständigkeitsgebiet insgesamt 2464 rechtswidrige Einreisen. 2014 waren es 424 gewesen. Kommandant Thomas Zehnder sprach gestern an einer Medienkonferenz in Thayngen von einer Zunahme, die ihn überrascht habe. Denn bis Ende Oktober hatte nichts darauf hingedeutet. Laut Zehnder wurden inzwischen gemeinsam mit dem Kanton Schaffhausen «logistische Vorbereitungen» getroffen. Der Grenzkanton sei gerüstet, um täglich bis zu 200 Flüchtlinge zu registrieren, zu kontrollieren und zu betreuen. Derzeit habe sich die Situation wieder entspannt.

Auffallend ist in der Jahresbilanz der Grenzwachregion II und des Zollinspektorats Schaffhausen, dass sie 2015 insgesamt 338 gefälschte Dokumente einzogen. Das entspricht 41 Prozent mehr als im Vorjahr. SDA

Geltendes Gesetz bleibt bestehen

Nationalrat spricht sich gegen strengere Auflagen für alte Atomkraftwerke aus

Bern. Für Atomkraftwerke in der Schweiz soll es weder eine Laufzeitbeschränkung noch strengere Auflagen ab einer Laufzeit von 40 Jahren geben. Der Nationalrat hat gestern bei den Beratungen zur Energiestrategie seine früheren Entscheide umgestossen. Beznau I hätte damit im Jahr 2029 vom Netz gehen müssen, Beznau II im Jahr 2031. Ab vierzig Jahren sollten AKW-Betreiber zudem ein Langzeitbetriebskonzept für die jeweils nächsten zehn Jahre vorlegen müssen. Gewünscht hatte dies die Atomaufsichtsbehörde Ensi. Der Ständerat wollte nichts davon wissen.

Nun hat gestern auch der Nationalrat beschlossen, auf beides zu verzichten. Die Befürworter aus den Reihen von Grünen, Grünliberalen und SP warnten vergeblich, das Unfallrisiko steige mit dem Alter der AKW.

«Ein Skandal»

Beznau I und II entsprächen Sicherheitsanforderungen an moderne AKW schon lange nicht mehr, befand Beat Jans (SP, BS). Sie würden weder einem schweren Erdbeben noch einem Flugzeugabsturz standhalten. Bei einem Unfall müsste ein grosser Teil der Schweiz evakuiert werden und wäre nie mehr bewohnbar, gab Jans zu beden-

ken. Dieser grösstmögliche Schaden müsse abgewendet werden.

Bastien Girod (Grüne, ZH) erinnerte daran, dass der Auslöser für die Energiestrategie der Unfall von Fukushima gewesen sei. Nun auf Sicherheitsauflagen zu verzichten, sei ein Skandal. Die Gegner argumentierten, die Beschränkung sei überflüssig. Die Schweizer AKW seien sicher, und das Ensi verfüge über genügend Mittel, um notfalls zu intervenieren. AKW sollten weiterhin so lange betrieben werden können, wie die Aufsichtsbehörde sie als sicher erachte. Auch Bundesrätin Doris Leuthard plädierte dafür, beim geltenden Gesetz zu bleiben. Zur Laufzeitbeschränkung von AKW wird das Stimmvolk das letzte Wort haben: Mit der Atomausstiegs-Initiative fordern die Grünen, dass alle AKW spätestens nach 45 Betriebsjahren stillgelegt werden.

Festgehalten hat der Nationalrat an der steuerlichen Förderung von Gebäudesanierungen. Die heutigen Möglichkeiten für Steuerabzüge würden damit erweitert. Der Nationalrat hat jedoch die frühere Bedingung gestrichen, wonach Abzüge nur zugelassen werden, wenn mit der Sanierung ein energetischer Mindeststandard erreicht würde. SDA

AKW Mühleberg soll 2019 definitiv vom Netz

Bern. Die BKW will das Atomkraftwerk Mühleberg am 20. Dezember 2019 definitiv vom Netz nehmen. Das kündigte der bernische Energiekonzern gestern an. Dass Mühleberg als erstes Schweizer AKW Ende 2019 vom Netz genommen werden soll, ist schon länger bekannt. Offiziell neu ist der exakte Termin, den die BKW nun der Atomaufsichtsbehörde mitgeteilt hat. Ab 20. Dezember 2019 werde kein Strom mehr im Atomkraftwerk produziert, heisst es im BKW-Communiqué – «unter der Voraussetzung, dass die notwendigen rechtlichen Rahmenbedingungen für einen verzugslosen Rückbau vorliegen». Die BKW macht diesen Vorbehalt, weil sich ihr zufolge im Ausland gezeigt hat, dass weniger die technischen Herausforderungen eine AKW-Stilllegung verzögern können als das rechtliche Verfahren. Den 20. Dezember 2019 bezeichnet die BKW als Termin für die «endgültige Einstellung des Leistungsbetriebs». Die «endgültige Ausserbetriebnahme» erfolgt laut BKW frühestens Ende September 2020. SDA